

Zeit zu handeln.

Mitbestimmung, Wahlfreiheit, Teilhabe JETZT!

Redebeiträge zur Weckruf-Aktion vom 9. März 2022

Es gilt das gesprochene Wort

Verena Kuonen, Co-Präsidentin von Inclusion Handicap

Quelle émotion et quel plaisir pour moi !

Aujourd'hui est, pour nous tous, une journée de haute importance. Notre manifestation doit impérativement rendre nos autorités fédérales, cantonales et communales attentives à la mise en œuvre de la Convention des droits de la personne handicapée. Elles doivent tenir leurs engagements relatifs à la ratification de la CDPH en 2014. C'est maintenant (aujourd'hui) et non demain que nous voulons avoir un accès sans barrière, entre autres à la formation, au marché du travail, à la culture. Mais, sans accès aux transports publics, rien n'est possible! Mesdames et messieurs membres des autorités, réveillez-vous!

Oui, nous voulons vivre tous ensemble une vie inclusive avec toute sa diversité. Nous voulons l'accès aux transports publics, au marché du travail, aux nouvelles technologies, à la culture, au sport.

Pensons aussi aux personnes touchées par un handicap rare, comme par exemple, les personnes souffrant d'une surdité. Elles sont malheureusement peut-être insuffisamment prises en compte et, par conséquent, vivent une vie plutôt isolée.

Certes les droits sont une chose, toutefois, ce ne sont pas ceux-ci qui feront changer le regard de la société à notre égard. Ce que nous souhaitons surtout, c'est d'être acceptés tout simplement comme individus dans la collectivité et d'en faire partie à part entière. Nous ne voulons pas être tolérés, non, mais être considérés tout bonnement et tout naturellement comme des personnes avec des différences et des besoins spécifiques.

La manifestation d'aujourd'hui est très importante pour tous, aussi bien pour les personnes qui sont concernées que pour celles qui ne le sont pas, car nous souhaitons tous et voulons tous vivre une société inclusive, c'est-à-dire, une société avec toute sa diversité et avec toute sa mixité. Chacun doit vivre avec sa différence et chacun respecte la différence de l'autre. Nous ne voulons pas seulement être reconnues comme personnes handicapées. Nous désirons être le plus autonomes possible.

Si nous voulons être pris au sérieux et si nous voulons défendre nos intérêts, nous devons impérativement nous investir. Ne laissons pas aux autres nous dire ce qui est bon pour nous, même s'il est bien clair que nous avons, dans certains cas, besoin d'aide. Merci donc d'ores et déjà à tous de nous appuyer lorsque cela s'avère nécessaire. Oui, nous pouvons suivre notre chemin main dans la main.

En conclusion, aujourd'hui, il s'agit de nous et de nos droits en Suisse. Mais dans nos cœurs, nous sommes aussi avec les gens en Ukraine, avec tous, mais en particulier avec les 2,7 millions de personnes qui vivent avec un handicap dans ce pays. Elles ont besoin de corridors de sécurité ou d'une protection contre les actes de guerre, d'un accès aux soins de base et à un soutien.



Islam Alijaj, Präsident Verein Tatkraft

Liebe Gesellschaft, Kolleginnen und Kollegen und Teilnehmende

Am 13. Februar 2022 wurde ich unverhofft in den Gemeinderat von Zürich gewählt.

Dies, obwohl ich von einem sehr schlechten Listenplatz gestartet bin. Die Zürcher*innen fanden es aber wichtig, dass Menschen mit Behinderungen sich selber in der Politik einbringen können. Dies fordert auch die UN-Behindertenrechtskonvention.

Bei der politischen Partizipation haben wir bis heute nur das aktive Wahlrecht vorangetrieben. Doch können bis heute z.B. Menschen mit einer voll umfänglichen Beistandschaft nicht wählen.

Auch ist es nun an der Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir Behinderte selber die Lobbyarbeit für unsere Interessen machen. Wie ich das in den letzten 12 Jahren vorgezeigt habe.

Mit der ersten Studie in der Schweiz über das passive Wahlrecht haben wir jetzt eine wissenschaftliche Grundlage. Das Ziel ist es in den nächsten Jahren bei allen Wahlen auf allen Ebenen Behinderte in die Parlamente zu wählen.

Dieses Jahr ist der Beginn einer starken Behindertenbewegung, davon bin ich überzeugt. Lasst uns mit Tatkraft Tatsachen schaffen!

Vielen Dank fürs Zuhören.



«Wir haben genug von leeren Versprechungen, es ist Zeit zu handeln!»

Chris Heer, Bereichsleiter*in Sozialpolitik, AGILE.CH

Hallo zusammen

Ich freue mich einerseits sehr, dass wir uns heute alle hier versammelt haben, um gemeinsam für eine moderne, hindernisfreie und inklusive Schweiz zu demonstrieren. Andererseits macht es mich aber "hässig"¹, dass Demonstrationen wie diese immer noch wichtig und nötig sind. Mein Name ist Chris Heer, keine Pronomen. Ich leite den Bereich Gleichstellung und Sozialpolitik bei AGILE.CH

Menschen mit Behinderungen können immer noch nicht frei wählen, wo sie wohnen und wer sie im Alltag unterstützt.

Art. 19 UNO-BRK hält fest, dass alle Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben sollten, frei zu entscheiden, wo sie leben, mit wem sie zusammenleben und wer sie im Alltag unterstützt. Nur eine Wahl frei von äusseren und faktischen Zwängen, bedeutet unabhängige, selbstbestimmte Lebensführung.

Doch die Realität in der Schweiz sieht trotz Unterzeichnung der UNO BRK im Jahre 2014 leider noch immer anders aus: Viele, auch junge erwachsene Menschen mit Behinderungen, leben heute in Wohninstitutionen, bei denen der Alltag wie in einem Spital oder Altersheim strukturiert ist. Gemäss Bundesamt für Statistik handelt es sich um rund 44'000 Menschen², welche dadurch ihren Lebensalltag nicht selbst gestalten können. Denn Essens- und Schlafzeiten sind fix vorgegeben. Für die meisten Menschen selbstverständliche abendliche Ausgänge, wie Kino- oder Theater-Besuche können nur sehr selten realisiert werden, weil die Angestellten solcher Institutionen i.d.R. keine Zeit haben mehrere Menschen zu späterer Stunde noch beim zu Bett gehen zu unterstützen. Auch ist das Privatleben und insbesondere das Sexual- und Beziehungsleben von diesen Menschen, aufgrund der institutionellen Wohnform sehr beschränkt und wenig privat.

Assistenz und Unterstützungsleistungen beinhalten u.a. sehr intime Handlungen, wie die Unterstützung auf der Toilette, beim Ankleiden etc. Die mangelnde Wahlfreiheit diesbezüglich setzt Menschen mit Behinderungen einem erhöhten Risiko aus, Opfer von Gewalt, auch sexualisierter, zu werden. Dies muss die aktuelle Revision des Sexualstrafrechts mitberücksichtigen.

Auch heute fehlen viele unserer Freunde und Mitstreiter*innen, weil sie keine Assistenz für diesen behindertenpolitisch sehr wichtigen Anlass organisieren konnten, entweder aus finanzieller Knappheit oder weil auch Freunde und Angehörige nicht immer die Ressourcen für gratis Care Arbeit haben.

Damit tatsächliche Selbstbestimmung Realität für alle Menschen wird, fordert AGILE.CH Folgendes:

1. **Umverteilung der Gelder für unterstützende Dienstleistungen im Alltag und beim Wohnen** – diese müssen direkt an die betroffenen Menschen mit Behinderungen ausbezahlt werden, anstatt wie heute zuerst an Institutionen. Nur so können wir gegenüber den Anbietenden als ernst zu nehmende Arbeitgebende oder Kunden auftreten.

¹ Habe dieses Wort bewusst gewählt, weil es eine feministische Kampfansage ist in der Schweiz: "zusammen hässig sein" – es soll ein Reminder an diejenigen sein, welche auch feministisch aktiv sind, schliesslich ist es der 9. März, ein Tag nach dem 8. März dem internationalen Tag der Frau

² <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-menschenbehinderungen/behinderungen.html>



2. **Institutionen müssen heute schon beginnen, ihr Angebot umzustellen** auf nur noch vorübergehende Wohnheime und Unterstützung von selbstbestimmten Lebensformen.
3. **Bezahlbarer hindernisfreier Wohnraum** - und zwar in allen Region, v.a. auch in Städten und teureren Lagen.
4. **Inklusion von Menschen mit Behinderungen darf nicht länger als Einzelproblem betrachtet werden**, sondern muss in allen gestalterischen und gesetzgeberischen Prozessen berücksichtigt werden, welche den Alltag einer Gesellschaft bestimmen oder gestalten.

Politik und Verwaltung setzen sich offiziell schon für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ein. Doch wenn es darum geht konkrete Massnahmen umzusetzen, ist es dann doch plötzlich zu kompliziert, zu teuer, bzw. "unverhältnismässig". Wir haben genug von leeren Versprechungen unseres reichen Staates – Schweiz, es ist Zeit zu handeln!

«Wir bleiben dran – nichts mehr ohne uns!»

«Nothing without us!»



Es ist Zeit – Aktionstag UNO-BRK

Tatjana Binggeli, Präsidentin Schweizerischer Gehörlosenbund SGB-FSS

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Liebe Anwesenden

Es ist Zeit! Zeit, unsere Situation endlich zu verbessern.

Viele Menschen in der Schweiz haben das Gefühl, dass mit der Unterzeichnung der UNO-BRK die Probleme erkannt wurden und die Schweiz jetzt entsprechend handelt. Doch noch immer scheitert die Schweiz an der Umsetzung. Fehlende Sensibilisierung, Kostenfragen oder einfach der fehlende Wille sind Gründe für die immer noch stattfindende Diskriminierung.

Die Schweiz braucht endlich einen Plan. Einen Plan, um die strukturellen Probleme anzugehen.

Besonders dringend ist der Handlungsbedarf in der Bildung. Bis heute ist gehörlosen Schülerinnen und Schülern der Zugang zu einer bilingualen Bildung verwehrt. In der Schweiz gibt es nach wie vor keine verbindlichen Grundlagen für bilinguale Bildung. Der Bund und die Kantone müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und verbindliche Minimalstandards, Lehrpläne und Lehrmittel für einen bilingualen Unterricht auf allen Stufen erarbeiten. Besonders zentral ist in diesem Zusammenhang die Frühförderung der Gebärdensprache und die obligatorische Schulzeit. Gehörlose Schülerinnen und Schüler müssen endlich in ihrer Muttersprache kommunizieren und lernen können.

Der Bundesrat muss seine Verantwortung wahrnehmen. Die Verantwortung, die UNO-BRK verbindlich umzusetzen.

Seit der Unterzeichnung der UNO-BRK vor acht Jahren ist die Schweiz dazu verpflichtet, die drei Schweizer Gebärdensprachen anzuerkennen und zu fördern. Doch noch im letzten Herbst sagte der Bundesrat, dass die rechtliche Anerkennung der Gebärdensprachen keine zwingende Voraussetzung dafür ist, um die Situation von Gehörlosen in der Schweiz zu verbessern. Solche Aussagen machen mich sprachlos und wütend. Denn nicht nur ist die rechtliche Anerkennung der Gebärdensprachen eine unabdingbare Voraussetzung, um die Situation von gehörlosen Menschen in der Schweiz zu verbessern, sondern es ist eine absolute Pflicht des Bundesrates. Und ich möchte ihn an seine Pflicht, die Menschenrechte einzuhalten, ermahnen.

Die drei Schweizer Gebärdensprachen ermöglichen gehörlosen Personen den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitswesen, zur Kultur oder zur Bildung. Sie müssen anerkannt und die Kultur von gehörlosen Menschen geschützt und gefördert werden. Wir sind Teil der Schweizer Kultur und der Schweizer Bevölkerung. Der Ausschluss von Menschenrechten muss ein Ende haben. Und zwar nicht nur mit Worten sondern auch mit konkreten Massnahmen, die den Alltag von gehörlosen Menschen in der Schweiz verbessern.

Dieser Zugang muss, wie von der UNO-BRK gefordert, endlich garantiert werden! Wir wollen und können nicht länger warten!

Deshalb fordere ich heute hier zusammen mit euch den UNO-Ausschuss dazu auf, die Schweiz in die Pflicht zu nehmen.

ES IST ZEIT!



Cyril Mizrahi, Fachmitarbeiter Recht Inclusion Handicap und Grossrat GE

Mesdames et Messieurs, chers frères et sœurs en situation de handicap,

Je suis malvoyant, j'ai un trouble de l'attention, et, vous l'entendez, un trouble chronique de la voix. Malgré tout, j'ai toujours eu un travail sur le marché ordinaire de l'emploi. Aujourd'hui encore, en 2022, je mesure ma chance, que tout le monde n'a pas, loin s'en faut.

Oui, Mesdames et Messieurs, dans le domaine du travail aussi, il est urgent d'agir ! Car pour nous personnes handicapées, la possibilité de gagner leur vie en accomplissant un travail librement choisi sur un marché du travail ouvert n'est pas garantie. Parmi les personnes sans handicap en âge actif, 84% exercent une activité professionnelle, un taux qui tombe à 68% chez les personnes handicapées, sans même parler des personnes qui ne vivent pas à domicile !

Depuis des années, lorsque l'on parle d'assurance-invalidité, il est question de réinsertion, d'intégration... plus rarement d'inclusion. Rien de nouveau : la réinsertion avant la rente est un principe de base de l'AI depuis sa création. La réalité est très différente. Ce principe ne sert qu'à retenir des revenus purement fictifs que les personnes concernées pourraient réaliser sur un marché du travail équilibré qui n'existe pas ! Tout cela pour économiser au détriment du droit des personnes handicapées à un niveau de vie suffisant !

Nier nos droits, au lieu de nous assurer l'accès au monde du travail. Un monde du travail fermé aux personnes qui ont besoin d'assistance. On préfère en général leur verser une rente et des prestations complémentaires, et peut-être, avec un peu de chance, elles auront une place de travail séparée, et non avec les autres. Elles ne recevront qu'un salaire symbolique, symbole surtout de la non reconnaissance de leur dignité, et se contenteront globalement d'un revenu ne dépassant pas le salaire minimum. Un même travail pendant de nombreuses années sans perspective d'évolution. Un monde à part où il y a peu de contrôle, où les syndicats ne sont pratiquement pas présents.

Sur le marché du travail ordinaire, il n'y a ni système de compensations et incitations pour les employeurs, ni obligations d'engager un pourcentage de personnes handicapées. Ni dans le privé, ni dans le public. Au sein de l'administration fédérale, l'objectif ridiculement bas de 2,5% a été prévu. Pire : quoi qu'en dise le Conseil fédéral, la protection contre les discriminations au travail dans le secteur privé est très faible et inefficace, contrairement à ce qui existe dans l'Union européenne par exemple. Même dans le secteur public, on ressent fortement l'absence de règles spécifiques comme celles sensées protéger les femmes. Les femmes handicapées sont du reste particulièrement vulnérables dans notre pays.

Cela doit changer, maintenant ! Nous demandons un marché du travail inclusif et une vraie protection contre les discriminations, ni plus ni moins !



«Wir sind gleichwertig und gleichberechtigt»

Nationalrat Christian Lohr, Die Mitte TG

Liebe Teilnehmende an diesem Aktionstag

Es ist wichtig, dass wir an diesem besonderen Tag in dieser schwierigen Zeit klare Botschaften an die Politik richten. Im Fokus stehen Menschenrechte, die es konsequent einzuhalten gilt. Es geht darum, die Würde von Menschen sicherzustellen, sie zu stärken und die Gemeinschaft wie auch die Solidarität auf breitester Ebene zu fördern.

Die UNO-BRK ist mehr als einfach nur ein Stück Papier, ein Dokument, welches inzwischen mehr als 180 Staaten mitunterzeichnet haben. Sie ist eine Verpflichtung, die Welt für Menschen mit Beeinträchtigung zu verbessern, ihr Leben beim Wohnen, beim Arbeiten, beim Reisen, bei der Kultur und vielem anderem selbstbestimmter zu machen. Wir haben ein Recht auf Teilhabe in allen Bereichen, da wir gleichwertig und gleichberechtigt sind.

Für mich ist es richtig, wenn wir bei dieser Kundgebung von der Politik, die sich bei vielen Themen wie Bildung, Arbeit sowie Partizipation ängstlich und zögerlich verhält, endlich eine klare Strategie zur Umsetzung der UNO-BRK einfordern. Der Bundesrat und das Parlament stehen in der Verantwortung, Massnahmen zu beschliessen, die unsere Lebensbedingungen nachhaltig positiv weiterentwickeln. Doch das reicht allein noch nicht.

Auch von den Organisationen, die sich für uns einsetzen, erwarte ich künftig mehr konkretes Handeln in Sachen inklusive Gesellschaft. Es ist ihre Aufgabe, neue Wege aufzeigen und diese dann auch selbst glaubhaft zu gehen. Gefragt sind innovative Ansätze. Der Miteinbezug von Betroffenen in Entscheidungen und Gremien darf dabei nicht als ein Zugeständnis der Offenheit bezeichnet werden, vielmehr muss dies eine Selbstverständlichkeit sein. Aber auch das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist bei weitem immer noch nicht genug.

Mein dringendster Appell geht an uns Betroffene selbst. Wir sind es, die am meisten bewegen können, wenn wir uns bewegen. Von niemandem können die Bedürfnisse authentischer, klarer beschrieben und laut wie deutlich eingefordert werden als von jenen, die täglich mit Einschränkungen leben müssen. Wir müssen unsere Interessen in der Politik wie auch in der Gesellschaft engagiert und kompetent vertreten. So können wir der UNO-BRK zu einer starken Umsetzung verhelfen.

Fahren wir deshalb heute nach Hause und tragen es in unsere Kantone und Gemeinden hinaus, was unsere zentralen Anliegen sind. Sprechen Sie die Verantwortlichen direkt an und machen Sie sie zu unseren Verbündeten.



Laurent Duvanel, Président Procap Schweiz

BONJOUR, HALLO, BUONGIORNO A TUTTI

Chères amies et amis en situation de handicap, chères accompagnatrices et accompagnateurs, cari amici, werte Freunde,

Vous savez pourquoi nous sommes venus à Berne aujourd'hui?

Nous manifestons pour montrer que nous sommes directement touchés par la lenteur des autorités suisses à concrétiser réellement leurs promesses concernant les quais de gare, les WC, l'accès au vote, à un travail, aux documents administratifs et d'autres choses que mes prédécesseurs ont expliquées. Les outils existent, la Convention de l'ONU aussi. En signant cette Convention mondiale, le Conseil fédéral savait que son action en faveur des personnes handicapées allait périodiquement être examinée, jugée et mise en lumière.

Or que s'est-t-il passé? Nous l'avons dit et redit sur cette place : on a surtout attendu. Un sport national en Suisse. Attendu, beaucoup attendu même, pour avoir le choix de participer, de déterminer notre destin comme citoyennes et citoyens autonomes, entendez **accéder à tout, partout si possible**.

Résumons maintenant nos demandes. Vous le savez, Inclusion Handicap et Procap sont là pour répondre aux **besoins** des personnes avec handicap. Quels sont les éléments indispensables à une vie sereine?

Il y a les besoins vitaux: manger, respirer, boire, dormir, se reproduire, bref, de la physiologie humaine.

Il y a les besoins de protection: avoir un logement et l'assurance que notre environnement social, familial, ainsi que nos possessions, emplois ou revenus sont sûrs et garantis.

Il y a les besoins sociaux: appartenance à un groupe, pour avoir des contacts, des amis et une famille qui accorde amour, ou à défaut un entourage qui assure soutien moral et affection.

Enfin, il y a les besoins d'estime de soi et de reconnaissance, bases de la confiance en soi et du respect.

Chaque individu, peu importe sa position dans la société, sa situation physique ou mentale, a besoin de ces éléments en vue de l'accomplissement de lui-même.

Le sentiment de succès personnel est ce qui peut vous arriver de mieux, un besoin à satisfaire idéal. Cet objectif est rarement atteignable, surtout pour les personnes en situation de handicap grave.

Bon, je rêve et voilà que j'ai oublié LE besoin fondamental et universel que même la Convention de l'ONU ne mentionne pas...: avoir du WIFI et une batterie chargée dans le téléphone!

Restons sérieux.

Il s'agit de marteler notre message, de le seriner, par lettre, en paroles ou en gestes, de le chanter si nécessaire, de le transmettre aux parlementaires, aux autorités cantonales et communales que vous et moi croisons dans la rue, connaissons ou pouvons interpeller.

Notre message aux responsables est simple : les personnes handicapées veulent pouvoir avoir le choix d'**accéder partout, à tout si possible**

Concrètement, il faut au moins trois adaptations de la loi suisse sur les personnes handicapées afin d'assurer:

- L'accès au travail ou à un revenu suffisant pour vivre
- L'accès à l'école et à la formation
- L'accès aux activités citoyennes



Maya Graf, Co-Präsidentin von Inclusion Handicap und Ständerätin BL

Liebe Teilnehmende, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Die Schweiz ist noch weit weg von gleichen Rechten für Menschen mit Behinderungen. Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist nur mangelhaft umgesetzt, wie dies Inclusion Handicap in seinem Schattenbericht ausführlich aufzeigt. Vor diesem Hintergrund sind wir alle gespannt, wie die Überprüfung der BRK durch den UNO Ausschuss ausgehen wird.

Es wird dringende Empfehlungen an die Schweiz zur Verbesserung für gleiche Rechte für Menschen – für die Inklusion von Menschen mit Behinderung geben müssen. Wir werden die Empfehlungen für die dringenden Verbesserungen durch verschiedene Vorstösse im Parlament nach der Prüfung einbringen.

Zudem ist seit dem Samstag eine Petition zum Fakultativprotokoll lanciert. Denn auch dies: Die Schweiz hat auch das BRK-Fakultativprotokoll noch nicht ratifiziert. Trotz der Behindertenrechtskonvention haben Menschen mit Behinderungen in der Schweiz also nicht die Möglichkeit, bei allfälligen Verletzungen ihrer Rechte zum UN-Ausschuss zu gelangen.

Wir fordern den Bundesrat deshalb auf, die Ratifizierung des Fakultativprotokolls zur UN-BRK unverzüglich in die Wege zu leiten.

Das BRK-Fakultativprotokoll ist für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz besonders wichtig: Es räumt ihnen das Recht ein, sich bei Verletzungen der in der UN-BRK verbrieften Rechte an den UN-BRK Ausschuss zu wenden. Dies unter der Voraussetzung, dass alle innerstaatlichen Beschwerdemöglichkeiten ausgeschöpft sind.

Dieses Vorgehen hat sich in der Schweiz bei anderen Konventionen bewährt: so z.B. bei denjenigen gegen Folter, zur Beseitigung der Rassendiskriminierung oder für die Rechte der Frauen sowie Kinder. Die Umsetzung der Rechte und die Gleichberechtigung konnten dadurch vorangetrieben werden. Es darf nicht sein, dass Menschen mit Behinderungen ihre Rechte nicht vor dem zuständigen UN-Ausschuss geltend machen können.

Heute ist der nationale Sammeltag für die Ukraine – vor diesem Hintergrund möchten auch wir uns dem Aufruf zum Spenden anschliessen. Unsere Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung zeigen, welche in diesem grausamen Krieg unvorstellbaren Leiden und Ängsten ausgesetzt sind. Wir möchte unseren Teil an Unterstützung leisten und dabei vor allem auch an all die vielen vulnerablen Menschen denken wie Menschen mit Behinderung, welche nicht mobil sind, welche noch machtloser dem Grauen diese Kriegeres in der Ukraine ausgesetzt sind und ihren verzweifelten Angehörigen. Viele werden nur schwer flüchten können. Wir bitte Sie alle, den heutigen Spendentag der Glückskette zusammen mit SRG/SSR als nationalen Solidaritätstag zugunsten der ukrainischen Bevölkerung zu unterstützen. Danke!